

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 88 848 pbbn d



## Inhalt

Dr. Anke Martiny MdB  
kommentiert eine Ausein-  
andersetzung zwischen  
Bundesministerin Süssmuth  
und der Werbewirtschaft:  
Lovely Rita erntet Kritik.  
Seite 1

Jürgen Egert MdB erinnert  
an das Lebenswerk von  
Otto Suhr: Politologie als  
kritische Wissenschaft.  
Seite 2

Rudi Schöfberger MdB ak-  
tualisiert die Lehren des  
1. September 1939: Ab-  
rüstung darf nicht an Ra-  
keten-Fetischisten schei-  
tern.  
Seite 4

Barbara Simons MdEP ana-  
lysiert die Ursachen und  
den Verlauf des Streiks  
der Bergleute in Südafrika:  
Bonn darf nicht länger  
bremsen.  
Seite 5

Dokumentation  
Chronologie der Entspan-  
nungsbemühungen und  
Konflikte im vergangenen  
Jahr.  
Seite 6

42. Jahrgang / 165

1. September 1987

Lovely Rita erntet Kritik

Zentralausschuß der Werbewirtschaft wirft Rita Süssmuth  
„unseriöse Informationserbebt“ vor

Von Dr. Anke Martiny MdB  
Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der  
SPD-Bundestagsfraktion

Daß es gar nicht so leicht ist, in der linken Mitte Anerkennung und Profil zu gewinnen, erfährt nun auch das Hätschelkind der liberalen Medien, die Ministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Rita Süssmuth. Sie warf nämlich der Werbung vor, ein Frauenbild zu zeichnen, das „oftmals ein ernsthafter Störfaktor bei unseren Bemühungen (ist), die Gleichberechtigung von Frau und Mann auch in unserem täglichen Leben durchzusetzen“.

Das ließ der Zentralausschuß der Werbewirtschaft nicht auf sich sitzen, „Süssmuth unseriös“ schalt er auf der ersten Seite des ZAW-service.

Nun ist das, wie niemand besser weiß als die Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, was unter „frauen-diskriminierender Werbung“ verstanden wird, natürlich höchst unterschiedlich, je nachdem ob Frauen oder ob der ZAW sich betroffen fühlen. Vom ZAW ist immer nur zu hören, wenn Frauenverbände, einzelne Frauen, darunter auch ich, Anzeigen beanstanden, diese entsprächen den Gesetzen, und außerdem habe das betreffende Unternehmen die Anzeige sowieso gerade eingestellt. Ferner werden üblicherweise die Empfindlichkeiten von Frauen mit mehr oder minder freundlichen Worten zurückgewiesen: das jeweils beanstandete Bild - eine Dame mit Dekolleté bis zum Bauch etwa als Sekretärin angepriesen - oder der jeweils beanstandete Text entsprächen der Realität und seien nicht frauenfeindlich.

Wie schön, daß nun nicht die SPD ins Schußfeld der Werbewirtschaft gerät, sondern daß dies einer Frau widerfährt, die wie kaum eine andere sich selbst werbetechnisch perfekt vermarktet. Es geschieht ihr ganz recht, wenn der ZAW verlautbart: „Insgesamt verdichte sich die Vermutung, daß mit Hilfe des Frauenministeriums auch auf dem Rücken der Werbewirtschaft Stimmenverluste der CDU bei den Frauen wieder wettgemacht werden sollen“. Nachtigall, ick hör' Dir trapsen!

(-/1.9.1987/st/ks)

Verwendeter Umgang  
mit verwalteten Rohstoffen  
Recycling-Paper



Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

## Politologie als kritische Wissenschaft

## Zum Todestag von Otto Suhr

Von Jürgen Egert MdB

Vor 30 Jahren, am 30. August 1957, starb Otto Suhr. Auf der Trauerkundgebung würdigte Erich Offenhauer vor zehntausend Berlinerinnen und Berlinern das Leben Otto Suhrs: „Otto Suhr war in seiner Arbeit ein Mensch des Verstandes, des ständigen Bemühens um die sachliche und nüchterne Klärung der Probleme, aber seiner Partei, der Bewegung des freiheitlichen und demokratischen Sozialismus, war er verbunden mit seiner ganzen Persönlichkeit, mit seinem ganzen Herzen.“

In jenen Jahren verlor die Berliner Sozialdemokratie in rascher Folge gleich drei ihrer prägenden Persönlichkeiten der unmittelbaren Nachkriegszeit. Wenige Monate vor dem 30. August war Louise Schröder verstorben, bereits 1953 betrauerteten die Berlinerinnen und Berliner Ernst Reuter. Alle drei waren nicht nur hervorragende Repräsentanten der Sozialdemokratischen Partei, sie waren zugleich über Parteigrenzen hinaus auch hervorragende Vertreter ihrer Stadt. Wenn wir uns heute ihrer erinnern, so sind wir stolz auf ihre Leistungen für Berlin. Sie bezeugen, daß Sozialdemokraten ihre Verdienste um Berlin haben. Sie sind Ermunterung für die Zukunft.

Otto Suhr war kein Kind der Arbeiterschaft. Als Intellektueller ging er nach Kriegseinsatz und nach Abschluß eines volkswirtschaftlichen Studiums bald zu den freien Gewerkschaften. Er war wohl der erste angestellte Akademiker in der Gewerkschaftsbewegung überhaupt. Neben Fragen der Sozialpolitik und des Arbeitsrechts widmete er sich von Beginn an der gewerkschaftlichen Erwachsenenbildung. Hier findet sich bereits die Grundlage für sein späteres Engagement zur Neugründung der Hochschule für Politik, dem heutigen Otto-Suhr-Institut.

Nach seinem Überwechseln in die Zentrale der freien Angestelltenverbände, dem AfA-Bund, waren es natürlich Fragen der Klassenentwicklung der immer stärker anwachsenden Gruppe der Angestellten, die ihn beschäftigten. Eine auch heute wieder für die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie entscheidende Frage.

Angesichts der aufziehenden faschistischen Gefahr gehörte Otto Suhr zu denen, die der Anpassungs- und Tolerierungspolitik der sozialistischen Arbeiterbewegung ablehnend gegenüberstanden. Er plädierte anlässlich der Absetzung der preußischen Regierung am 20. Juli 1932 vergeblich für einen Generalstreik.

Seine entschiedene Ablehnung gegenüber den neuen Machthabern bezahlte er während der folgenden Jahre mit Arbeitslosigkeit und Isolation von seiner wissenschaftlichen und politischen Tätigkeit.

Das Kriegsende erlebte er in Berlin, wo er sofort nach dem Waffenstillstand in der Abteilung Wirtschaft des neuen Magistrats mithalf, die wirtschaftlichen Grundlagen der Stadt, so gut es eben ging, wiederherzustellen. Anfangs gegenüber den Neugründungsabsichten von Parteien und Gewerkschaften skeptisch eingestellt, beteiligt er sich jedoch bald an der Verteidigung der Selbständigkeit der wiederbegründeten Sozialdemokratie. Zusammen mit Franz Neumann tritt er gegen eine Vereinigung von KPD und SPD zur SED ein. Nach der Trennung der oppositionellen Mehrheit der Berliner SPD von ihrer bisherigen Führung wird er ihr erster Generalsekretär und organisiert zugleich den Wahlkampf der ersten freien Wahlen in Berlin am 20. Oktober 1946. Kennzeichnend für den scharfen analytischen Verstand Otto Suhrs ist es, daß er den glänzenden Sieg der Sozialdemokratie - sie eringt knapp 50 Prozent der Stimmen - vor dem Hintergrund der vorangegangenen Ereignisse darstellt und nüchtern die kommenden Aufgaben beschreibt: „Aber die zwölfjährige Erfahrung der Unfreiheit im Hitlerreich hat den Wert der Freiheit im Staat wiedererkennen, ja, in dem Augenblick übersteigern lassen, indem neue Totalitätsansprüche die eben zurückgewonnene Freiheit wiederum in Frage zu stellen schienen. Aus diesen inneren Gründen wurde der Freiheitsdrang und der unbedingte Wille, die Politik der Furcht zu überwinden, zum Motor der Berliner Wahlen. Aber es wäre eine Illusion zu glauben, daß diese Freiheit mit dem Wahlerfolge schon erobert worden wäre. Echte Freiheit ist



- so heroische Ausnahmen es geben mag - auf die Dauer für die Gesamtheit nur gewährleistet, wenn auch die Sicherheit der materiellen Existenz verbürgt ist. Nur wo Sicherheit und Freiheit miteinander verbunden sind, herrscht auch Gerechtigkeit, sind die Voraussetzungen für eine Demokratie gegeben. Eine kapitalistische Wirtschaft mit ihren Krisen kann weder Freiheit noch Sicherheit auf Dauer verbürgen."

Als stärkste Fraktion in der neuen Stadtverordnetenversammlung stellt die SPD mit Otto Suhr den Präsidenten. Er wird mit den Stimmen aller Parteien - auch denen der SED - gewählt und behält diesen Posten, später als Präsident des Abgeordnetenhauses, bis 1954. Mit aller Macht stemmt er sich in dieser Eigenschaft gegen die drohende Spaltung der Stadt und Deutschlands. Er zeigt unnachgiebige Festigkeit gegenüber sowjetischen Disziplinierungsversuchen und bemüht sich zugleich, auch die Vertreter der SED in die Erarbeitung der Berliner Verfassung miteinzubeziehen. Obwohl dies erfolgreich ist, kann die Spaltung nicht mehr aufgehalten werden, zu groß sind die widerströmenden Interessen.

1948 wird Otto Suhr auf Bundesebene in den „Sachverständigenausschuß für Verfassungsfragen“ berufen. Er wird Mitglied des Parlamentarischen Rats und gehört damit zu den Vätern des Grundgesetzes. Er tritt von Beginn an entschieden für die Integration Berlins in die Bundesrepublik ein. Nicht zuletzt die zögernde Haltung Bonns in dieser Frage veranlaßte ihn zur Niederlegung seines Bundesparlamentmandats.

Trotz der übermenschlichen Anstrengungen während der Nachkriegszeit findet Otto Suhr noch die Kraft und die Zeit für eine Wiederbelebung der theoretischen Diskussion um den demokratischen Sozialismus: Zusammen mit Louise Schröder gründet er im November 1948 die Zeitschrift „Das Sozialistische Jahrhundert“. Der Titel ist für Otto Suhr nicht eine Reminiszenz an längst vergangene Traditionen, im Gegenteil: Otto Suhr war Zeit seines Lebens überzeugter Sozialist, für den die Werke der Klassiker Marx und Engels - bei aller Kritik am Marxismus als Weltanschauung - immer von zentraler Bedeutung geblieben sind. Eine demokratische Wirtschaftsordnung war für ihn auf Dauer ohne die Sozialisierung der wichtigsten Unternehmen nicht denkbar. Im Leitartikel der ersten Ausgabe des „Sozialistischen Jahrhunderts“ schrieb er im November 1946: „Über dem Kampf um die politische Freiheit im Staate und die Verteidigung der Menschenrechte darf deshalb die andere, ebenso wichtige Aufgabe nicht zurückgedrängt werden: Sicherheit zu schaffen. Daher das Bekenntnis zur sozialistischen Planwirtschaft - nicht nur aus der Augenblicksnot an Rohstoffen, die eine gerechte Verteilung erzwingt, nicht nur als Experiment, um die aus den Fugen geratene Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht zu bringen, sondern weil unter den gegebenen Verhältnissen und technischen Bedingungen allein die sozialistische Planwirtschaft jene Sicherheit verbürgt, die heute zur Voraussetzung des kulturellen Lebens geworden ist.“

Eine der ersten Initiativen der SPD in der Stadtverordnetenversammlung betraf dann auch ein zu schaffendes Sozialisierungsgesetz, um Konzerne in Gemeineigentum zu überführen. Seinerzeit stellte sich nur die LDP, die heutige FDP, gegen dieses Gesetz.

Otto Suhrs besondere Aufmerksamkeit galt der Wissenschaft von der Politik. Politisches Handeln sollte sich auf wissenschaftliche Grundlagen stützen können und zugleich wissenschaftlich zugänglich werden. Die Wissenschaft von der Politik, die spätere Politologie, war von ihm als kritische Wissenschaft gedacht. In der Weimarer Republik galt er als genauer Kenner der Strukturen und des Einflusses der Unternehmerverbände, nicht zuletzt die von dort ausgehende Macht sollte mit Hilfe der Wissenschaft von der Politik erkennbar gemacht werden.

Die Pläne des CDU/FDP-Senats Pläne zur Gründung einer privat verfaßten, parallel zum Otto-Suhr-Institut organisierten Hochschule für Politik sind ein Anschlag auf einen wichtigen Teil des Lebenswerks Otto Suhrs. Wir Sozialdemokraten werden im Geist Otto Suhrs diesen Absichten widerstehen und heute wie damals den kritischen Charakter der politischen Wissenschaften verteidigen.

Otto Suhr starb als Regierender Bürgermeister. Seit seiner Wahl am 11. Januar 1955 blieben ihm nur knapp zweieinhalb Jahre zur Verwirklichung seiner Ziele. Er konzentrierte sich auf den Ausbau der Sozialpolitik und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Unter seiner Leitung wurde der Anschluß an die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik geschafft. Innerhalb von zwei Jahren wurden hunderttausend neue Arbeitsplätze geschaffen. In seine Amtszeit fallen aber auch der Neubau des Hansaviertels und die kulturelle Wiederbelebung der Stadt.

Viele seiner Vorhaben mußten unvollendet bleiben. Mit ihm starb im August 1957 ein großer Berliner.  
(-/1.9.1987/st/ks)



**Abrüstung darf nicht an Raketen-Fetischisten scheltern****Sicherheitspartnerschaft muß an die Stelle des Nicht-Krieges treten****Von Rudi Schöfberger MdB  
Vorsitzender des bayerischen SPD-Landesverbandes**

Die Erinnerung an den Beginn des Zweiten Weltkrieges am 1. September vor 48 Jahren ist heute wichtiger denn je. Noch nie waren wir einer umfassenden Abrüstungslösung so nahe wie heute. Alle Sozialdemokraten und ihre Freunde in Bayern sind aufgerufen, sich zahlreich in die 34 DGB-Veranstaltungen in ganz Bayern einzureihen, mit denen der Gewerkschaftsbund zum traditionellen Anti-Kriegstog am 1. September unter dem Motto „Jetzt abrüsten, Sicherheit schaffen, nie wieder Krieg“ an das Grauen des Zweiten Weltkrieges erinnert. Wir Sozialdemokraten werden dabei nicht Zaungäste sein, die Belfall klatschen, sondern uns aktiv unter die Gewerkschafter einreihen, um gemeinsam gegen das Wettüsten und für eine Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West zu demonstrieren.

Diese Demonstration ist jetzt besonders wichtig, weil wir an einem entscheidenden Wendepunkt angelangt sind: Wir müssen deutlich machen, daß wir nicht die Meinung der Raketen-Fetischisten in der Nymphenburger Straße und der bayerischen Staatskanzlei teilen, die an 72 Uralt-Parshings, die gerade noch der Lack zusammenhält, festhalten wollen. Wir protestieren gegen jene Geister, die gegen die Verschrottung der Mittel- und Kurzstreckenraketen eifern. Wer wie Strauß und Co. die Abrüstungsbestrebungen um einer fragwürdigen persönlichen Profilneurose willen unterminiert, den bezeichnen wir als zutiefst verantwortungslos.

Die Erinnerung an den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges weist uns darauf hin, daß wir in Europa seit 42 Jahren zwar Nicht-Krieg haben, aber keinen gesicherten Frieden. Das Tauwetter zwischen den Großmächten, das die unmittelbarste Bedrohung für Europa von uns nehmen kann, darf nicht durch den kalten Krieger Strauß, der von der Abrüstungsentwicklung überrollt worden ist, gefährdet werden. Wir müssen deshalb alles unternehmen, daß alle in Europa stationierten Kurz- und Mittelstreckenraketen abgebaut werden. Gerade ein Land, das zweimal in diesem Jahrhundert Europa und die Welt in Krieg, Elend und Verderben gestürzt hat, muß alles unterlassen, was den Friedensprozeß in der Welt stören oder aufhalten könnte.

Wir Sozialdemokraten fordern:

- Den Abbau aller in Europa stationierten Kurz- und Mittelstreckenraketen;
- die Einstellung der Forschung für Weltraumwaffen durch die USA und die UdSSR;
- die Einstellung von Atomwaffentests;
- die Beendigung der Rüstungsimporte in die Länder der Dritten Welt und
- die Erziehung zum Frieden in den Schulen.

(-/1.9.1987/st/ks)

\* \* \*



**Bonn darf nicht länger bremsen**

**Solidarität und Sympathie für die südafrikanischen Bergarbeiter**

**Von Barbara Simons MdEP**

**Südafrika-Sprecherin der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament**

Der bisher größte und längste Arbeitskampf in Südafrika ist beendet. Der dreiwöchige Ausstand ist ein Erfolg für die jungen selbstbewußten Gewerkschaften der Schwarzen, wenn auch die National Union of Mine Workers (NUM) sich nicht mit allen Forderungen durchsetzen konnte. Die Minenarbeiter haben unter Bedrohung ihrer Existenz und ihres Lebens gestreikt, unsere Unterstützung ist jetzt mehr denn je gefordert.

Angesichts der geringen Einkommen und Inflationsraten um 20 Prozent - bei den Preisen für Lebensmittel gar über 25 Prozent - war die Hauptforderung der Bergarbeiter nach 30 Prozent mehr Lohn-erhöhung maßvoll. Die Arbeitgeber haben nur eine Erhöhung von 17 bis 23,4 Prozent zugesichert. Im südafrikanischen Bergbau werden also weiterhin ungerecht niedrige Löhne gezahlt. Die Einkommensdiskrepanz wird zunächst bleiben: ein weißer Bergarbeiter verdient das fünffache eines schwarzen. Die miserablen Lebens- und Arbeitsbedingungen für schwarze Arbeiter haben sich leider nicht wesentlich verbessert.

Die Konzerne haben während des Streiks 50.000 Kumpel entlassen und zuletzt knallhart gedroht, alle Streikenden zu feuern. Dieses Vorgehen der Arbeitgeber kann nur als frühkapitalistisch bezeichnet werden. Zudem tragen sie die Schuld für die über 300 Verletzten der Auseinandersetzungen und sind für das rigorose Vorgehen der Sicherheitskräfte verantwortlich, das zum Tod von neun Bergarbeitern führte. Nur der bewundernswert besonnenen Streikführung von NUM-Generalsekretär Cyril Ramaphosa und dem disziplinierten Verhalten der Streikenden ist es zu verdanken, daß Ausschreitungen mit verheerenden Folgen vermieden wurden.

Der Arbeitskampf der Minenarbeiter hat aber auch gezeigt, daß die unterdrückte Mehrheit in Südafrika bereit ist, für den Kampf um Freiheit und Menschenrechte alles auf sich zu nehmen. Die Schwarzen haben dabei die Solidarität und die Sympathie der Weltöffentlichkeit auf ihrer Seite. In dieser historischen Phase des Befreiungskampfes darf sich die Bundesregierung nicht länger ihrer Verantwortung entziehen. Die südafrikanischen Bergbaukonzerne müssen gedrängt werden, alle Entlassenen bedingungslos wieder einzustellen. Bundesaußenminister Genscher ist aufgefordert, sich nicht länger als Bremser einer kohärenten Südafrika-Politik der Europäischen Gemeinschaft zu betätigen. Er muß seinen Beitrag zu einer Politik leisten, die an den Interessen der Mehrheit des südafrikanischen Volkes ausgerichtet ist. Südafrika wird Thema jeder Sitzung der EG-Außenminister sein. Bonn muß endlich weitergehenden Maßnahmen der EG gegen das Regime in Pretoria zustimmen. Dazu gehört das Verbot des Imports südafrikanischer Kohle, das vom Europäischen Parlament seit langem gefordert wird.

(-/1.9.1987/st/ks)

\* \* \*



**DOKUMENTATION****Chronologie September 1986 bis Juli 1987**

Der Hamburger Schulsenator Joist Grolle hat seiner Erklärung an die Lehrerinnen und Lehrer der Hansestadt zum Anti-Kriegstag folgende Chronologie der Entspannungsbemühungen und Konflikte im vergangenen Jahr beigelegt.

- 29. September 1986:** Stockholm. Die Teilnehmerstaaten der KSZE einigen sich darauf, bei Durchführung von Großmanövern wechselseitig Beobachter zur Überprüfung zuzulassen.
- 6. Oktober 1986:** Nicaragua. Von der Flugabwehr wird über nicaraguanischem Territorium ein amerikanisches Flugzeug mit Waffen und Ausrüstung für die Contras abgeschossen.
- 11. bis 20. Oktober 1986:** Reykjavik. Trotz weitgehender Annäherung der Standpunkte scheidet das Abrüstungstreffen zwischen Gorbatschow und Reagan an der SDI-Frage.
- 12. November 1986:** Südafrika. Präsident Botha gibt bekannt, Südafrika sei in der Lage, Kernwaffen herzustellen.
- 28. November 1986:** USA. Mit der Indienststellung des 131. mit Marschflugkörpern ausgerüsteten Langstreckenbombers überschreiten die USA die im SALT II-Vertrag von 1979 ausgehandelte Obergrenze für strategische Waffensysteme.
- 24. Dezember 1986:** Iran/Irak. Beginn einer neuen iranischen Großoffensive im Golfkrieg. Der seit 1980 andauernde Krieg hat bisher rund eine Million Menschenopfer gekostet.
- 27. Dezember 1986:** Afghanistan. Zum 7. Mal jährt sich der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan.
- 29. Dezember 1986:** Südafrika. Die Regierung verschärft den Ausnahmezustand zur gewaltsamen Durchsetzung ihrer Rassentrennungspolitik.
- 3. Februar 1987:** USA. Erster amerikanischer Atomtest des Jahres.
- 26. Februar 1987:** UdSSR. Atomtest in Sibirien. Damit ist das von den USA nicht beachtete, von der UdSSR seit 1985 eingehaltene einseitige Testmoratorium beendet.
- 10. April 1987:** UdSSR: Gorbatschow schlägt die sogenannte „Doppelte Null-Lösung“ vor (Beseitigung der in Europa stationierten Atomraketen sowohl mittlerer wie kürzerer Reichweiten).
- 4. Juni 1987:** Bonn. Bundeskanzler Kohl vertritt vor dem Bundestag die Auffassung, daß die 72 deutschen Pershing IA-Raketen mit ihren amerikanischen Atomsprengköpfen nicht in eine amerikanisch-sowjetische Null-Lösung eingeschlossen werden sollen.
- 9. Juni 1987:** Persischer Golf. US-Verteidigungsminister Weinberger teilt mit, ab Juli würden amerikanische Kriegsschiffe kuwaitische Öltanker im Persischen Golf eskortieren.
- 19. Juni 1987:** USA: Die amerikanische Delegation bringt in die Genfer Abrüstungsgespräche den Vorschlag ein, Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite weltweit zu beseitigen.
- 31. Juli 1987:** Mekka. Iranische Pilger demonstrieren in Mekka gegen Amerika und seine arabischen Verbündeten. Bei Zusammenstößen mit der saudischen Polizei kommen 402 Menschen ums Leben, darunter 275 Iraner, die meisten in Panik zertrampelt.

